

Schwule und Lesben sollen nicht weiter diskriminiert werden: das Partnerschaftsgesetz ermöglicht es ihnen, fast genau so wie Heteros, eine Verbindung mit klaren Rechten und Pflichten einzugehen.

Am 5. Juni 2005 stimmen die Schweizer BürgerInnen über dieses neue Gesetz ab, das sich nur in zwei Punkten vom geltenden Eherecht unterscheidet: die Adoption und die künstliche Befruchtung sollen für gleichgeschlechtliche Paare weiterhin nicht möglich sein. Ein gutschweizerischer Kompromiss also mit Konzessionen an jene Kreise, die befürchten, dass die traditionelle Familie dadurch bedroht sein könnte. Aber nicht nur evangelikale Christen haben das Referendum unterschrieben, sondern auch andere konservative Kreise.

Wenn es Ihnen schwer fällt, Ja zu stimmen, dann bitten ich Sie, sich die folgenden Überlegungen zu machen: Fast in jeder Familie gibt es Menschen, die sich zum gleichen Geschlecht hingezogen fühlen. Und fast in jeder Familie gibt es Geschichten über Menschen, die sich deshalb aus der Familie zurückgezogen haben, oder von ihr ausgegrenzt worden sind. Fast in jeder Familie also eine traurige Geschichte von Eltern, die nichts wissen wollten oder sich schämten für den falsch geratenen Nachwuchs. So ins soziale Abseits gedrängt, wurden viele Menschen bis ins letzte Jahrhundert daran gehindert, Lebenspartnerschaften einzugehen. Zwar hat die gesellschaftliche Ausgrenzung wenigstens in anonymen städtischen Verhältnissen allmählich einer toleranteren Haltung Platz gemacht, aber immer noch werden schwule und lesbi-

Ja zu registrierten Partnerschaften

sche Partnerschaften auf ihre sexuelle Komponente reduziert. Dabei sind das doch einfach zwei Menschen, die sich lieben und die sich für ein Leben zu zweit entschieden haben – die gleiche Solidarität, die sich auch Hetero-Brautpaare versprechen wollen, unabhängig davon, ob sie Nachwuchs

eine Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Bestand haben werde. Dieser hat erst kürzlich befunden, es sei nicht diskriminierend, wenn ein Staat die Adoption (allein) aufgrund deren sexueller Orientierung ablehne. Diese



planen oder nicht. Für Eltern von Schwulen und Lesben bringt das Gesetz Anerkennung und Absicherung der Lebensweise ihrer Kinder – ein Hochzeitsfest statt Sorgen.

19 RechtsprofessorInnen der ganzen Schweiz haben eine Stellungnahme zum Partnerschaftsgesetz unterzeichnet. Sie weisen darauf hin, dass der Entscheid des Gesetzgebers gegen

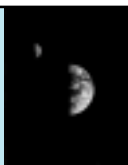
Rechtsprechung dürfte auch in naher Zukunft keine Änderung erfahren.

Das Gesetz betrifft 5-10% der Menschen in unserem Land – eine Minderheit. Der Umgang mit Minderheiten ist jedoch ein Massstab für die Freiheit und Toleranz in unserer Gesellschaft – Werte, für die wir FreidenkerInnen uns einsetzen.

Reta Caspar

"60 Prozent der natürlichen Ressourcen sind beeinträchtigt"

stellt die umfangreiche UNO-Studie zum Zustand der Ökosysteme fest.



Seiten 4-5

"Die Frauenfeindlichkeit des Islams verhindert die Integration"

sagt die bedrohte holländische Parlamentarierin und Autorin Ayaan Hirsi Ali.



Seite 5

"Wir werden die Katholische Kirche weiterhin zur Zielscheibe der Satire machen"

Viktor Jacobbo zur Rüge der Beschwerdeinstanz.



Seite 6

I devoti della religione catodica

La morte di Giovanni Paolo II ha confermato definitivamente quel che penso della cricca giornalistica... senza né legge né fede!

Non voglio contare le sollecitazioni giunte da giornali, da radio, da televisioni, dalla provincia come dalla capitale, senza dimenticare l'estero, per conoscere il mio sentimento sulla morte annunciata del papa, la sua morte program-mata, la sua morte in diretta, la sua morte reale, il suo dopo-morte. Alcuni volevano persino dell'anti-papismo viscerale. Tre o quattro cartelle...

Non ho risposto a nessuno, salvo un breve testo, per l'APF (Agenzia francese della stampa - N.d.T.) che mi ha assillato, per precisare che evidentemente avrei avuto da ridire su un così lungo pontificato durato ventisei anni, ma mi sembrava che un minimo di decenza si imponeva, Giovanni Paolo non essendo ancora sotterrato. Perché non è mio costume sputare sul cadavere di un uomo, per quanto avversario sul terreno delle idee. Lo sputo non fa parte del mio arsenale concettuale, ma piuttosto di quello di un certo numero di credenti secernenti muco al solo apparire della mia ombra! In compenso, nella valanga di doman-de me ne rimane una ricorrente, che non dipende dalla polemica fuori luogo: come spiegare l'isteria - il termine non è mio - delle folle in questa occasione?

Ecco uno degli elementi di risposta: Giovanni Paolo II fu un reale devoto della religione catodica. Primo papa eletto nell'era mediatica, ha saputo utilizzare a proprio profitto l'immagine, davanti alla quale la nostra modernità si dimostra bigotta e si inginocchia senza vergogna.

Così, la lunga e penosa malattia del cittadino Wojtyła esibita per più di dieci anni, la decadenza del corpo spettacolarizzata, la fine mediaticamente annunciata, l'agonia mondialmente ritrasmessa in diretta, il cadavere esposto agli apparecchi fotografici e alle telecamere del mondo intero poi a una folla dai sentimenti non tutti chiari, i funerali mondialmente ritrasmessi, tutto lo conferma: questo papa fu sicuramente il più filmato e il più fotografato di tutti i tempi, in tutti gli

abbigliamento, compreso il sudario. Perché? Per fini apologetici cristiani: mostrare la Passione in diretta, testimoniare sul piccolo schermo i valori cristiani, evangelizzare tramite le immagini.

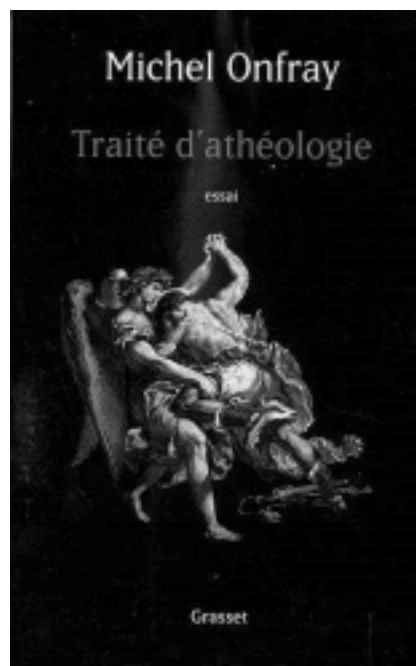
Il Polacco sapeva che la modernità si nutre essenzialmente di virtualità mediatica, da ciò la pertinenza missionaria nell'utilizzare quelle armi. Che Benedetto XVI riservi il suo primo intervento alla stampa lo testimonia: la Chiesa deve ai giornalisti un tale zuccherino per i loro buoni e leali servizi.

Perdonate loro, perché non sanno quello che fanno.

Michel Onfray

(Tratto da Corsica, N. 68, maggio 2005. Traduzione di Edy Zarro)

Le Edizioni Grasset di Parigi hanno recentissimamente pubblicato il *Traité d'athéologie* di Michel Onfray, saggio



che verrà prossimamente recensito su queste pagine.

Michel Onfray
Traité d'athéologie Essai
Grasset, 2005, 281 p.
ISBN : 2-246-64801-7

Freidenker-Umschau

Afghanistan: Steinigung

Amina (ihr voller Name ist nicht bekannt) wurde am 21. April 2005 im afghanischen District Urgu in der Provinz Badakhan getötet. Sie wurde von Polizisten aus dem Hause ihrer Eltern gezerrt und öffentlich und in offizieller Vollstreckung eines Todesurteils getötet, das ein örtliches Gericht gegen sie verhängt hatte. Die Tötung wurde in der traditionellen und ausserordentlich grausamen Weise vollzogen, die der Islam für Frauen vorsieht, die des Ehebruches bezichtigt werden: sie wurde zu Tode gesteinigt.

Unter den Taliban war Steinigung an der Tagesordnung. Es gibt keine verlässlichen Aufzeichnungen, aber Schätzungen gehen davon aus, dass Hunderte von Frauen unter dem Regime der Taliban zu Tode gesteinigt wurden, bevor es im Jahre 2001 endete. Weniger als 48 Stunden nach dem Todesurteil war die 29-jährige Amina bereits tot. Nach Angaben von Amnesty International (AI) war Aminas Fall die erste Steinigungs-Hinrichtung seit Ende der Talibanherrschaft. Zeugen vor Ort

geben jedoch an, dass allein im District Ugru zumindest eine weitere Frau durch Steinigung hingerichtet wurde, seit Hamid Karzai Präsident von Afghanistan ist.

Rationalist Internat. Bulletin Nr. 142, Mai 2005

Pakistan: Fatwa-Mob ermordet "Koran-Schänder"

Im Nordwesten Pakistans wurde ein Dorfbewohner von einem aufgehetzten Mob gejagt und ermordet, nachdem ein örtlicher Kleriker des regierenden islamisch-fundamentalistischen Parteienbündnisses *Mutta-hida-Majlis-e-Amal* (MMA) eine Fatwa gegen ihn ausgesprochen und angekündigt, dass er wegen "Schändung des Koran" getötet werde. Dem Opfer, Aasheq Nabi, wurde vorgeworfen, einen Koran verbrannt zu haben. Sein Onkel und andere Familienmitglieder – die auf diese Weise Besitzstreitigkeiten "regeln" wollten, so Zeugen – hatten ihn wegen Blasphemie angezeigt. Die Polizei konnte den 40-Jährigen aber angeblich nicht festnehmen, weil er sich versteckt hielt. Die Handlanger des örtlichen → [Seite 3](#)

39 Delegierte, 5 Mitglieder des Zentralvorstandes und 2 Gäste haben an der diesjährigen Delegiertenversammlung in Winterthur teilgenommen. Tagungsort war das Stammlokal der Winterthurer Freidenker, die "Chässtube", das letzte der drei nach der Landesausstellung 1939 mit Landi-Charme und -Mobilier ausgestatteten Lokale, das einzig für die Freidenker an diesem Sonntag geöffnet war.

Aus den Sektionen

Zentralpräsident J.L. Caspar führte zügig durch die Traktanden. Einblick in Sorgen aber auch Erfreuliches ergaben die Berichte aus den Sektionen. Besonders ermutigend die Sektion Tessin, der es gelungen ist, in der

Fortsetzung von S. 2

Klerikers jedoch fanden ihn und schritten zur Lynchjustiz. Sie jagten ihn an der Spitze einer etwa 400-köpfigen Menschenmenge über die Felder und holten ihn von einem Baum herunter, auf den er in seiner Verzweiflung geklettert war. Er flehte um sein Leben, wurde aber brutal ermordet. Die Polizei verhaftete niemanden. Angeblich war sie nicht einmal in der Lage, den örtlichen Kleriker zu identifizieren, der für den Mord verantwortlich ist.

Pakistans Blasphemie-Gesetze sind ein handliches Werkzeug für die selbsternannten Wächter des Islam, um die totale Unterwerfung unter ihre Herrschaft zu erzwingen. Auch wenn diese Gesetze in den meisten Fällen benutzt (oder missbraucht) werden, um Angelegenheiten ohne jeden religiösen Bezug zu "regeln", sind sie immer Öl für die Maschinerie des religiösen Establishment. In einem vorsichtigen Versuch, den Missbrauch der Blasphemie-Gesetze zu beschneiden, verabschiedete die pakistanische Nationalversammlung im November 2004 – gegen die Stimmen der oppositionellen MMA – einen Gesetzesentwurf, der festlegt, dass niemand wegen Blasphemie verhaftet oder angeklagt werden kann, bevor ein höherer Polizeibeamter den Fall auf seine Authentizität geprüft hat. Die Gesetzesänderung wird jedoch erst wirksam, falls und sobald der Senat den Entwurf akzeptiert.

Rationalist Internat. Bulletin Nr. 142, Mai 2005

Frage des Religionsunterrichtes an den Schulen offiziell eine Vertretung der Freidenker in die vorbereitende Kommission zu entsenden. Die Sektion ist bereit, den Kampf gegen den Religionsunterricht zu führen, nötigenfalls auch mit juristischen Mitteln. Sie ist sehr aktiv in der Pressearbeit und in den Medien regelmässig präsent. Erfreuliches auch aus Grenchen, wo seit kurzem mit Stefan Mauerhofer ein junger Präsident amtiert, der als Informatiker für die Sektion auch gleich den Internetauftritt aufbaut unter: www.freidenker-grenchen.ch.

Die Sektion Luzern hat sich Anfang Jahr leider aufgelöst. Die Mitglieder der Sektion werden demnächst vom ZV kontaktiert und zum Beitritt in eine Nachbarsektion eingeladen.

Zentralbeiträge für Jugendliche

Die Statutarischen Geschäfte gingen mit einigen wenigen Verständnisfragen über die Bühne. Vorbehaltlos unterstützten die Delegierten die Vorschläge des Zentralvorstandes über die Höhe des Zentralbeitrages von Jugendlichen: Bis 18 beitragsfrei werden sie ab dem 18. bis zum 25. Altersjahr als Anschlussmitglieder behandelt, im Falle eines eigenen Haushaltes, wird ihnen der Zentralbeitrag erlassen und lediglich das FREIDENKER-Abo verrechnet.

Generelle Mehrfachmandate?

Ausführlich zu reden gab die Frage, ob und in welcher Form Mehrfachmandate an der Delegiertenversammlung möglich sein sollten. Die Sektion Tessin hat das Anliegen eingebracht – ihrem Delegierten Roberto Spielhofer war vorgängig auf dem Beschlussweg für diese DV die Vertretung aller 4 Tessiner Mandate zugebilligt. Verschiedene Varianten wurden vorgeschlagen und eine Konsultativ-Abstimmung ergab, dass eine Mehrheit die Statuen diesbezüglich nicht ändern möchte, dass allenfalls statutarische Ausnahmen für die Sprachminderheiten einer generellen Lösung mit Doppelmandat, wie sie gemäss Statuten für den Grossen Vorstand vorgesehen ist, vorgezogen würde. Eine Weitere Konsultativabstimmung ergab, dass die obere Limite für den Zentralbeitrag in den Statuten (Fr. 30.-



Herzlichen Dank!

Die Delegiertenversammlung ging in guter Stimmung zu Ende. Ein herzliches Dankeschön an die Winterthurer Freidenker, die den Anlass zur vollsten Zufriedenheit der Teilnehmenden vorbereitet und ihnen süsse "Winterthurer Grüsse" mit auf den Heimweg gegeben haben.

Ein Dankeschön auch an die Stadt Winterthur, die den Apéro spendiert hat, und an EVP-Stadträtin Maja Ingold, die die Delegierten im Namen der Stadtregierung von Winterthur auf sympathische Weise begrüsst und ihnen ihre Gedanken zu Sinn und Grenzen der Freiheit ausgeführt hat.

Danke schliesslich allen Delegierten, die engagiert teilgenommen haben – und auf Wiedersehen an der DV 2006 in Bern!

rc

und heute erst zu 50% ausgeschöpft) unverändert bleiben soll.

FVS-Geschäftsstelle

Der Zentralpräsident orientierte anschliessend über den Stand der neuen Geschäftsstelle.

Mit Ausnahme der Sektion Basel FVS haben alle Sektionen den DV-Beschluss zur Schaffung und Finanzierung dieser Stelle für zwei Jahre ratifiziert. Damit ist der Beschluss gültig und für alle Sektionen verbindlich. Die Sektion Basel FVS wird deshalb aufgefordert, sich dem Mehrheitsbeschluss zu unterziehen.

Reta Caspar erläuterte den Delegierten die statutarisch vorgesehene Lösung des Konfliktes – sie und andere Votanten drückten aber die Hoffnung aus, dass Basel FVS sich freiwillig anschliessen werde.

Derzeit läuft die 2. Stellenausschreibung, nachdem der bevorzugte Kandidat aus der 1. Runde sich leider zurückgezogen hat.

Gemäss Statuten wird der ZV dem Grossen Vorstand im Herbst den Arbeitsvertrag oder Auftrag zur Genehmigung vorlegen.

rc

Die bislang umfassendste Studie über den Zustand unseres Planeten, die im Laufe von vier Jahren von über 1'300 WissenschaftlerInnen aus 95 Ländern erstellt wurde, kommt zu einem traurigen Ergebnis: Wir Menschen verändern die natürlichen Lebensbedingungen immer schneller und massiver. 60 Prozent der Wiesen, Wälder, Ackerflächen und Gewässer sind bereits schwerwiegend und teils irreversibel beeinträchtigt. Die Folgen werden vermehrte Naturkatastrophen, Epidemien und regionale Klimaveränderungen sein – und vermutlich nehmen die schädlichen Folgen dieses Raubbaus an der Natur in den nächsten 50 Jahren weiter zu.

Ökosysteme bedroht

In den letzten 50 Jahren hat die explodierende Zahl der Menschen mit enormer Geschwindigkeit die Welt umgestaltet und die Ökosysteme zum Teil irreversibel verändert, stellt der Bericht des Millennium Ecosystem Assessment (MEA) fest und warnt: Die menschlichen Aktivitäten belasten die natürlichen Funktionen der Erde so stark, dass man nicht mehr davon ausgehen kann, dass die Ökosysteme des Planeten noch zukünftige Generationen versorgen können.

Es handelt sich um den ersten Bericht von insgesamt sieben, die dieses Jahr erwartet werden und die den Zustand der globalen Ökosysteme und die Folgen auf das Leben der Menschen eruieren und bewerten. Das Vorhaben unter der Leitung von Dr. Robert Watson, Wissenschaftler der Weltbank, und Dr. A. H. Zakri, dem Direktor des Institute of Advanced Studies der United Nations University, wird von 22 führenden wissenschaftlichen Organisationen unterstützt.

Ökosysteme sind Ressourcen

Der Bericht betrachtet die Ökosysteme als Ressourcen für die Menschen, also aus der menschheitsegoistischen und ökonomischen Perspektive.

Geht die Beeinträchtigung oder Zerstörung von 15 der 24 untersuchten Ökosystemen so weiter wie in den vergangenen 50 Jahren, so wächst die Wahrscheinlichkeit, dass daraus plötzliche Veränderungen entstehen

können, die die Lebensbedingungen der Menschen drastisch verschlechtern: etwa durch neue Epidemien, oder durch das Absterben der Küstenzonen. Bereits heute sind der Fischbestand in den Meeren und das verfügbare Trinkwasser so beeinträchtigt, dass sie den Bedarf nicht mehr befriedigen können.

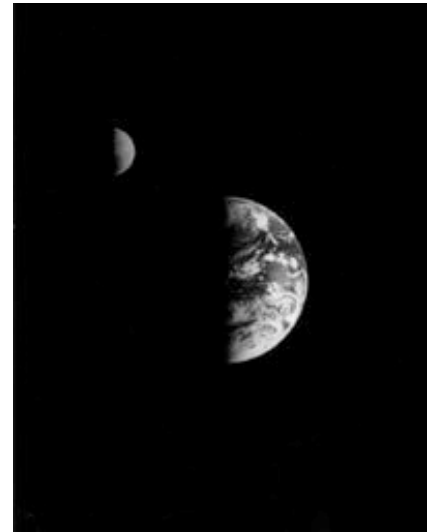
Nur in 4 von 24 untersuchten Ökosystemen hat sich der Zustand in den letzten 50 Jahren verbessert: So hat die Produktion von Getreide, Nutztieren und Fischen in Zuchtanlagen und die Ablagerung von Kohlendioxid vor allem durch vermehrten Waldanbau im nördlichen Teil der Halbkugel zugenommen.

Seit 1945 wurde aber, so der Bericht, mehr Land in landwirtschaftlich genutzte Flächen verwandelt als im 18. und 19. Jahrhundert zusammen. Künstlich hergestellte Stickstoff-Düngemittel, die erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts verwendet werden, haben zu einem grossen und irreversiblen Verlust der Vielfalt des Lebens geführt. Gegenwärtig seien zwischen 10 und 30 Prozent der Säugetier-, Vogel- und Amphibienarten von der Auslöschung bedroht.

Der steigende Gehalt an Stickstoff und Phosphor im Süsswasser und in den Meeren hat zu einem explosiven Wachstum von Algen geführt und gilt als eine der grossen Belastungen, die an einen Wendepunkt gelangen und ganze Ökosysteme zerstören können. Dieses aus der Landwirtschaft resultierende Problem würden bislang von den meisten Regierungen und der Öffentlichkeit am stärksten verdrängt, kritisiert der Bericht.

Dritte Welt besonders betroffen

Die Folgen betreffen in nächster Zeit in aller Regel nur regionale und lokale Gemeinschaften: zu 90 Prozent in Ländern der Dritten Welt. Mit am stärksten gefährdet seien die Trockengebiete, die 41 Prozent der Landfläche ausmachen und sich zum grössten Teil in den Entwicklungsländern befinden. Hier herrscht Wasserknappheit, und hier lebt ein Drittel der Weltbevölkerung – und seit den 90er Jahren gibt es hier das höchste Bevölkerungswachstum.



Millennium Ecosystem Assessment

Im Auftrag der UN erarbeiteten Forscher aus 95 Ländern in vier Jahren die bisher umfangreichste Studie über die Veränderungen in der Umwelt während der letzten 50 Jahre. Das über 2'500 Seiten starke Papier kommt zu dem alarmierenden Ergebnis, dass die Existenz zukünftiger Generationen gefährdet ist:

In den letzten 50 Jahren wurden die Ökosysteme stärker verändert als jemals zuvor.

Bei 15 von 24 untersuchten Elementen des Ökosystems wächst die Gefahr plötzlicher Veränderungen, die ernsthaft die Lebensbedingungen der Menschheit gefährden.

Bereits 60 Prozent der auf der Welt verfügbaren Wiesen, Wälder, Ackerflächen und Gewässer sind zerstört oder übernutzt.

Ein Fünftel der Korallenriffe und ein Drittel der Mangrovenwälder sind zerstört.

Bis zu einem Drittel der Tierarten ist von der Ausrottung bedroht.

UNO-Millenniums-Ziele

Nach allen berechneten Szenarien werden zwar mehr Lebensmittel produziert. Aber dies geschieht sehr viel langsamer als nach der Vorgabe der beschlossenen Zielen (UN Millennium Development Goals), wonach bis 2015 die Zahl der Hungernden auf die Hälfte verringert werden sollte. Man könne den Raubbau an den Ökosystemen zwar teilweise noch umkehren und gleichzeitig die wachsenden Be-

dürfnisse der Menschen befriedigen, aber das würde drastische politische und institutionelle Veränderungen voraussetzen, mit denen bis heute noch nirgendwo wirklich begonnen wurde.

In Entwicklung investieren

Das Earth Institute der Columbia University hat im Januar in einem Bericht mit dem Titel "Investing in Development" ein Programm zur Einhaltung der UNO-Millenniums-Ziele formuliert: Erforderlich sei, die weltweiten Entwicklungshilfegelder im kommenden Jahr auf 136 Milliarden US-Dollar zu verdoppeln und sie bis 2015, dem Jahr, in dem die Ziele erreicht sein sollen, auf 195 Milliarden Dollar zu steigern. Leisten könne sich die Staatengemeinschaft dies allemal, betonten die Columbia-Experten: Jährlich würden weltweit nämlich rund 900 Milliarden US-Dollar für militärische Rüstung ausgegeben.

Durch Entwicklungshilfe soll die Wirtschaftskraft der Bevölkerung der betreffenden Staaten gesteigert werden, und das, ohne die Umwelt weiter zu schädigen. Zu diesem Zweck setzt unter anderem das United Nations Environment Programme (UNEP) und das United Nations Development Programme (UNDP) auf den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger. Auch wasserbauliche Projekte sowie (Wieder)Aufforstungsmassnahmen zählen zu den Schwerpunkten.

Konsumgewohnheiten ändern

In der westlichen Welt müssten neben der Reduzierung von Pestiziden und Düngemitteln in der Landwirtschaft auch die Konsumgewohnheiten verändert, bessere Ausbildung angeboten, neue Techniken entwickelt und höhere Preise für die Ausbeutung von Ökosystemen verlangt werden. So sollten beispielsweise die Fluggesellschaften für die Abgabe von Kohlendioxid bezahlen, und in die Lebensmittelpreise sollten etwa auch die Kosten für die Reinigung des bei der Herstellung verwendeten Wassers aufgenommen werden.

Notwendig seien grundsätzlich neue Kooperationsformen zwischen Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

www.heise.de
www.umweltschutz.co.at
www.millenniumassessment.org

Büchertisch

"Ich werde weiter machen"

Das Bild schockte die Welt: Der tote Filmregisseur Theo van Gogh, dem sein Mörder einen Drohbrief an die Brust geheftet hatte, adressiert an Ayaan Hirsi Ali – eigentlich hätte sie sterben sollen. Sie weiss, dass ihr Kampf für die unterdrückten islamischen Frauen lebensgefährlich ist, aber sie wird, wie dieses Buch beweist, nicht aufgeben. Denn sie weiss, wovon sie redet: Der Zwangsheirat, die ihr Vater für sie arrangiert hatte, konnte sie sich nur durch Flucht entziehen. Der Bruch mit ihrer Familie, ihren Freunden, waren die unausweichliche Folge. Seitdem kämpft sie für ihre Schicksalgenossinnen: damit diese nicht mehr nur "Söhnefabriken" sind, dass sie studieren können, dass sie endlich selber bestimmen können, wie sie leben wollen.

Nach dem Attentat ist Ayaan Hirsi Ali von den niederländischen Behörden ausser Landes gebracht worden. In ihrem Versteck schrieb sie den letzten Beitrag zu diesem Buch, einer Sammlung von Texten, Reden und Interviews. Aber der Kampf muss weitergehen. Deshalb kehrte sie jetzt zurück in die Öffentlichkeit. "Ich werde weitermachen und ich muss auf harte Schläge gefasst sein. Momentan stürzen sich alle Medien auf mich: eine schwarze Frau, die den Islam kritisiert. Aber der Tag wird kommen, wo es wieder Raum gibt für die Sache, um die es geht: die Abhängigkeit der muslimischen Frauen und die Tatsache, dass die Integration hauptsächlich wegen der frauenfeindlichen Kultur und Religion des Islam gescheitert ist." Trotz ständiger Todesdrohungen islamistischer Fanatiker kehrte die "meistgefährdete Person der Niederlande" Anfang 2005 aus ihrem Versteck in die Öffentlichkeit zurück, um weiter für ihre Sache einzutreten.

Ayaan Hirsi Ali wird am 13. November 1969 in Somalia geboren. Der strenggläubige Vater legt grossen Wert auf die konservativen Werte des Islam. Mit sechs Jahren folgen sie und ihre Familie ihm ins politische Asyl nach Saudi Arabien, Äthiopien und nach Kenia. Hirsi Ali erhält eine orthodox-islamische Erziehung und wird beschnitten. Sie erleidet einen Schädelbasisbruch, als ihr Koranlehrer sie



züchtigt. Mit 23 Jahren soll sie mit einem unbekanntem Cousin in Kanada verheiratet werden, doch auf der Reise dorthin flüchtet sie in die Niederlande. Dort beantragt sie Asyl, tritt aus der Gemeinschaft der Muslime aus und lernt Niederländisch. Sie beginnt in Leiden Politologie zu studieren und erhält 1997 die niederländische Staatsbürgerschaft. Nach dem Abschluss ihres Studiums wird sie politisch aktiv zuerst für die Arbeiterpartei, ab 2003 wechselt sie als Parlamentarierin für die Volkspartei für Freiheit und Demokratie. Sie beweist Mut und provoziert die islamische Gemeinde: In Texten über das Verhältnis des Islam zu anderen Religionen, kritisiert sie die geringe Bereitschaft, sich kritisch mit dem eigenen Glauben auseinander zu setzen und prangert die Unterdrückung der Frauen im Islam an. Darüber hinaus diskutiert sie auch den Umgang der westlichen Gesellschaft mit dem muslimischen Glauben. Sie schreibt das Drehbuch zu van Goghs Film "Submission", der die Unterdrückung islamischer Frauen thematisiert. Eine gefährliche Mission, eine mutige Frau. In der April-Ausgabe des Time Magazine wurde Ali zu einer der 100 einflussreichsten Personen der Welt gewählt.

Ayaan Hirsi Ali
Ich klage an. Plädoyer für die Befreiung muslimischer Frauen.
Piper, 224 Seiten, Fr. 25.10
ISBN 3-492-04793-9

Gewaltprävention

In der Schweiz werden Kinder unter zweieinhalb Jahren noch immer "in Besorgnis erregendem Umfang bestraft", ergab eine Analyse des Bestrafungsverhaltens von Erziehungsberechtigten in der Schweiz*. Positiv ist, ergab die Studie, die im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung gemacht wurde, dass seit 1990 deutlich weniger Körperstrafen zu verzeichnen sind.

Gängige, subtilere Formen der Gewalt von Müttern und Vätern sind Strafen wie Drohen, Schimpfen und Liebesentzug, die sich auch negativ auf die seelische und intellektuelle Entwicklung eines Kindes auswirken.

Eine Erziehung die mit Körperstrafen operiert, aber auch eine verwöhnende oder eine vernachlässigende Erziehung, führt mit hoher Sicherheit zu einer krankhaften seelischen Entwicklung der Kinder, zu einer Verformung der Persönlichkeit. Schläge machen nicht nur dumm, sondern können auch zu Jugendkriminalität und Drogenabhängigkeit führen. "Erziehung mit Schlägen macht krank", schrieben die Ärzte Günter Pernhaupt und Hans Czermak in ihrem Buch "Die gesunde Ohrfeige macht krank." (Verlag ORAC, Pietsch, Wien, 1980) Nach Meinung dieser Autoren beginnt die Kindsmishandlung schon mit der Ohrfeige.

Gewaltprävention beginnt deshalb zuerst in der Familie. Gewaltprävention müsste jedoch auch beim Medienkonsum der Kinder, beim Fernsehen und bei den Videospielen beginnen. Eltern sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und den Fernsehkonsum der Kinder stark einschränken und ihnen



5 aktuelle Broschüren zu:

Physische Gewalt, Psychische Gewalt, Sexuelle Ausbeutung, Vernachlässigung, Strukturelle Gewalt.
Hrsg. Kinderschutz Schweiz in Bern.
Preis Fr. 10.- (inkl. Begleitbroschüre).

verbieten zu Hause am Computer Brutalo-Killer-Games zu spielen.

Der Bundesrat stellte zum Konsum von brutalen Gewaltdarstellungen kürzlich fest: Reale Bild- oder Filmaufnahmen oder künstlich hergestellte, virtuelle Computerspiele können das Verhalten von Jugendlichen in einer für sie und die Gesellschaft negativen Weise beeinflussen. Solche Gewaltdarstellungen seien zudem allgemein geeignet, die Bereitschaft zur Nachahmung zu erhöhen oder zumindest die Abstumpfung gegenüber Gewalttätigkeiten zu fördern. Vor dem Hintergrund dieser Zusammenhänge sei schon am 1. Januar 1990 die so genannte "Brutalnorm", Artikel 135 des Strafgesetzbuches, in das schweizerische Strafgesetzbuch eingeführt worden, stellte er auf eine Anfrage des Basler Nationalrates Jean Henri Dunant fest.

Weder die zuständigen Staatsanwaltschaften, noch die nationale Koordinationsstelle Internet Kriminalität, weder Bund und Kantone, die laut der Antwort des Bundesrates auf die Anfrage Dunant zuständig wären, haben jedoch bis heute wirklich etwas unternommen gegen die Verbreitung von Brutalo-Computerspielen. Wer sich in der Schweiz in Läden wie Ex-Libris (Migros), Interdiscount (Coop), Media Markt, Eschenmoser, Franz Carl Weber, Manor, Jelmoli, Loeb usw. umschaut, wird feststellen, dass die Regale voll sind mit Killer Computer Games. – Ausserdem verharmlosen Medien diese Computer Killer Games.

Ich befürchte, man züchtet mit Kindern, die man ohrfeigt, beschimpft, verwöhnt und mit Computer Killer Games spielen lässt, eine Generation von Menschen heran, die gegen Gewalt desensibilisiert wurde.

H. Frei, Zürich

***Dominik Schöbi, Meinrad Perrez**
Bestrafungsverhalten vom Erziehungsberechtigten in der Schweiz
Vergleichenden Analyse 1990/2004
Universität Freiburg, 2005

Kinderschutz

In 11 europäischen Ländern ist die Körperstrafen gesetzlich verboten bzw. können die Kinder explizit ein Recht auf gewaltfreie Erziehung geltend machen, 3 weitere Länder stehen kurz vor diesem Schritt (Slowenien, Slowakei und die Niederlande).

Die ersten Evaluationen, die z.B. in Schweden und Deutschland vorgenommen wurden, weisen auf grundsätzlich positive Effekte hin. In den Studien konnte nachgewiesen werden, dass das Ausmass der Körperstrafen mit der Einführung der Verbote bzw. Rechte der Kinder deutlich abgenommen hat.

Grenzen setzen – aber wie?

Antiautoritäre Erziehung hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Heute sind wieder autoritäre Erziehungsstile angesagt: nicht reden, sondern handeln. Kindern Grenzen zu setzen, ist zum grossen Motto geworden. Dabei wechseln aber viele das Ziel und die Mittel. Grenzen setzen Ja, aber nicht mit Schlägen!

Rechtslage in der Schweiz

Art. 11 der Bundesverfassung und diverse Artikel der UNO-Kinderrechtskonvention verlangen den Schutz der Kinder. Es schwer nachvollziehbar, warum strafrechtlich z.B. eine Ohrfeige, auch wenn sie keine Schädigung hinterlässt, unter Erwachsenen eine Tätlichkeit gemäss Art. 126 Abs. 1 StGB darstellt und auf Antrag bestraft wird, dieselbe Handlung einem Kind gegenüber tolerierbar sein soll. Art. 126 Abs. 2 StGB sieht eine Verfolgung von Amtes wegen nämlich nur vor, wenn ein Kind von seinen Betreuern wiederholt geschlagen wird. Das sogenannte "elterliche Züchtigungsrecht" soll gemäss Lehre und Rechtsprechung nicht unter die Strafnorm fallen, jenes der Lehrer sich nach kantonalem Recht richten und nur Dritten soll es überhaupt nicht zustehen.

Forderungen des Kinderschutzbundes

Der Schweizerische Kinderschutzbund fordert deshalb ein gesetzliches Verbot der Körperstrafe (analog zu den Bestrebungen in der EU) und anderer erniedrigender Behandlung von Kindern, und den Ausbau der Möglichkeiten für Eltern, gewaltfreie Erziehung zu lernen.

www.kinderschutz.ch

Casinotheater Winterthur Treffpunkt für aufgeklärte Geister

Die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) hat eine Beschwerde gegen den Beitrag "Pater Harald" in der Fernsehsendung "Comedy im Casino" gutgeheissen. Im November 2004 hatte der Komiker Oliver Hepp eine katholische Messe karikiert und sich über die Riten des Abendmahls lustig gemacht. Laut UBI hat Hepp "die religiösen Gefühle programmrechtswidrig verletzt". Bereits im Februar hat der DRS-Ombudsmann Otto Schoch den Komiker dafür kritisiert.

Die Rüge der UBI gilt allein dem Schweizer Fernsehen, und nicht dem Casinotheater, in welchem die Sendung gedreht wurde. Viktor Giacobbo Verwaltungsratspräsident der Casinotheater AG nimmt dennoch gerne dazu Stellung:

"Die Beschwerde wird unser Theater nicht davon abhalten, die Katholische Kirche zur Zielscheibe von Spott und Satire zu machen." Im Gegenteil. "Nachdem wir die Voodoozeremonie rund um die Papstwahl miterlebt haben, finde ich es unverhältnismässig, dass Oliver Hepp für seine Abendmahl-Karikatur derart kritisiert wird". Im Publikum sässen mehrheitlich aufgeklärte Geister, so Giacobbo, "sie sind nicht – wie die Kirche – im Mittelalter stecken geblieben."

Der Entscheid der UBI motiviere ihn und seine Crew, die Katholische Kirche erst recht zur Zielscheibe der Satire zu machen.

Abgelehnt hat die UBI hingegen die Beschwerde gegen einen Beitrag von Patrick Frey in der gleichen Sendung. Dieser hatte in "Eine kleine Weihnachtsgeschichte" das Lukas-Evangelium in dadaistisch-verfremdeter Form erzählt. Landbote 22.4.2005

Im Namen der Winterthurer Freidenker hat J.L. Caspar Viktor Giacobbo gratuliert und seine Genugtuung darüber ausgedrückt, dass Giacobbo gedenke, weiterhin "die Rituale der Katholischen Kirche zu entzaubern".



Zentralvorstand

Sa., 25. Juni 2005, 10:00, in Bern

Grosser Vorstand

Neues Datum

Sa., 19. November 2005, in Olten

in den Sektionen

Agenda

Basel – Union

Jeden letzten Freitag im Monat ab 19:00 Uhr: Freie Zusammenkunft im Restaurant "Storchen" Basel.

Basel – Vereinigung

Jeden letzten Donnerstag im Monat 15 bis ca. 17:30 Uhr: Donnerstag Hock Restaurant "Park", Flughafenstr. 31. Bei schönem Wetter im Gartenrestaurant.

Bern

Montag, 6. Juni ab 19:00

Freie Zusammenkunft

Freidenkerhaus, Weissensteinstr. 49B

Sonntag, 12. Juni, in Bern

Apéro ab 11:30

Wurst-Grill-Fest

Im Garten des Freidenkerhauses

Alle sind herzlich eingeladen!

Kostenbeitrag: Fr. 15.-/Person inkl. alle Getränke.

Anmeldung bis Mittwoch, 8. Juni, bei Rosette Kaech, 031 372 56 03

Mittelland

Samstag, 18. Juni ab 15:00

Freie Zusammenkunft

Hotel "Arte", Kongresszentrum, Riggensbachstr. 10, Olten

Winterthur

Sonntag, 19. Juni 10:00

Freidenker-Zmorge

Plättlizoo, Frauenfeld

Mittwoch, 6. Juli 19:30

Mittwochstamm im Rest. "Chässtube"

Zürich

Freie Zusammenkunft

Dienstag, 14. Juni 14:30

Das Leben des Atheisten Gottfried Keller (1810-1890)

Diskussion mit Walter Hunziker
Restaurant "Schweighof"

Trauerfeiern

Basel (Vereinigung)

061 401 35 19 oder 061 321 31 48

Basel (Union)

061 321 39 30 oder 061 601 03 23

Bern

031 372 56 03 oder 031 911 00 39

Grenchen

076 53 99 301 oder 032 645 38 54

Luzern und Innerschweiz

041 420 45 60

Schaffhausen

052 337 22 66

St. Gallen

052 337 22 66

Vaud Waadt

026 660 46 78 ou 022 361 37 12

Winterthur und Thurgau

052 337 22 66

Zürich

044 463 16 55

Falls unter der regionalen Nummer
niemand zu erreichen ist:

Zentralsekretariat FVS

032 641 26 24 oder 052 337 22 66

Adressänderungen an: Postfach 217 CH-2545 Selzach

AZB
2545 Selzach

Sektionen

Freidenker-Vereinigung Basel und Umgebung

Postfach 302, 4012 Basel *auch Fax
Präsidentin: Y. Andrek 061 401 35 19*
Vizepräsidentin: B. Bisig 061 321 31 48*
Kassier: R. Wenger Tel. 061 692 86 27
Fax 061 692 86 28
Mitgliederdienst: R. Frey 061 421 12 80

Freidenker-Union Region Basel USF

Postfach 4471, 4002 Basel
Präsident: G. Rudolf 061 601 03 43
Infos: 061 321 39 30, 061 601 03 23
Mitgliederdienst: 061 321 39 30
Postkonto: 40-4402-5
Bestattungsfonds: 40-4007-5

Freidenker Bern

Postfach, 3000 Bern 1
Präsident a.i.: J. Kaech 031 372 56 03
Mitgliederdienst: A. Hänni 078 859 35 73

Libre Pensée de Genève 27 ch. des quattes, 1285 Avusy

Président: J.P. Bouquet
022 756 40 49 tél. et fax

Sektion Grenchen und Umgebung Postfach 451, 2540 Grenchen

Präsident: S. Mauerhofer
076 388 46 39
info@freidenker-grenchen.ch
Mitgliederdienst/ Lotti Höneisen
Krankenbesuche: 076 53 99 301

FVS Mittelland

Postfach 637, 4600 Olten
Präsident: W. Zollinger 062 293 39 30

Freidenker Schaffhausen

c/o Alice Leu
Haargasse 12, 8222 Beringen
Kontaktperson: A. Leu 052 685 23 03

FVS-Regionalgruppe St. Gallen

c/o Ernst Diem
St. Georgenstr. 218b, 9011 St. Gallen
Präsident: E. Diem 071 222 47 54

Associazione Svizzera dei Liberi

Pensatori (ASLP) Sezione Ticino
Casella postale 721, 6902 Paradiso
Presidente: R. Spielhofer 091 994 21 45

Ass. vaudoise de la Libre Pensée

Case postale 5264, 1002 Lausanne
Président: J.P. Ravay 022 361 94 00
Secrétariat: 026 660 46 78

Winterthurer Freidenker

Postfach 1806, 8401 Winterthur
Präsident: J.L. Caspar 052 337 22 66
Sekretariat: D. Dünki 052 222 98 94

FVS-Ortsgruppe Zürich

Postfach 7210, 8023 Zürich
Präsident: H. Rutishauser
Tel./Fax 044 463 16 55
Mitglieder- M. Dobler
dienst: Tel. 044 341 38 57

FREIDENKER - BIBLIOTHEK

Zürich, im Sozialarchiv
Stadelhoferstr. 12 (Nähe Bellevue)

Bücherausgabe:

Mo. - Fr. 10-20 Uhr
Sa. 10-13 und 14-16 Uhr
Auskunft: 01 251 80 66

Zentralsekretariat

Mitglieder melden ihre Adressän-
derungen bitte an die Sektionen.

Zuschriften an den Vorstand, Abo-
Mutationen, Auskünfte, Material-
bestellungen an:

Zentralsekretariat FVS

Postfach 217
CH-2545 Selzach
Tel. 032 641 26 24
Fax 032 641 26 25
www.freidenker.ch
Postkonto: 84-4452-6

Impressum

Redaktion

Reta Caspar Rainweg 9
031 911 00 39 CH-3052 Zollikofen
E-mail: reta.caspar@swissonline.ch

Erscheinungsweise monatlich

Redaktionsschluss 15. des Vormonats

Jahresabonnement

Schweiz: Fr. 30.-

Ausland: Fr. 35.- (B-Post)

Probeabonnement 3 Monate gratis

Druck und Spedition

Printoset, Flurstrasse 93, 8047 Zürich
www.printoset.ch

ISSN 0256-8993, Ausgabe 6/2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
können, aber müssen nicht mit der An-
sicht der Redaktion übereinstimmen.